17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Beauftragten für den Justizvollzug einführen (II) – Gesetz zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes (JStVollzG), des Untersuchungshaftvollzugsgesetzes (UVollzG) und des Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes (SVVollzG)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes, des Untersuchungshaftvollzugsgesetzes und des Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes vom...

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes

Das Jugendstrafvollzugsgesetz (JStVollzG) vom 15. Dezember 2007 (GVBl. S. 653), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2011 (GVBl. S. 287), wird wie folgt geändert:

1. § 87 erhält den Titel „Beschwerderecht, Vollzugsbeauftragter“.
2. In § 87 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt: „(2) Die Möglichkeit, sich in allen vollzuglichen Angelegenheiten an die bzw. den Beauftragten für den Justizvollzug des Landes Berlin zu wenden, bleibt unberührt. Der oder die Beauftragte kann die Gefangenen in ihren Räumen aufsuchen. Die Aussprache wird nicht überwacht. Für die Überwachung des Schriftwechsels mit der bzw. dem Justizvollzugsbeauftragten gilt § 52 Abs. 2 Satz 1 und 4 entsprechend.“
3. Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 3 und 4.

Artikel II

Änderung des Untersuchungshaftvollzugsgesetzes

Das Untersuchungshaftvollzugsgesetz (UVollzG) vom 3. Dezember 2009 (GVBl. S. 686), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2011 (GVBl. S. 287), wird wie folgt geändert:

1. § 65 erhält den Titel „Beschwerderecht, Vollzugsbeauftragter“.
2. In § 65 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt: „(2) Die Möglichkeit, sich in allen vollzuglichen Angelegenheiten an die bzw. den Beauftragten für den Justizvollzug des Landes Berlin zu wenden, bleibt unberührt. Der oder die Beauftragte kann die Gefangenen in ihren Räumen aufsuchen. Die Aussprache wird nicht überwacht. Für die Überwachung des Schriftwechsels mit der bzw. dem Justizvollzugsbeauftragten gilt § 37 Abs. 3 Satz 1 und 4 entsprechend.“
3. Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 3 und 4.

Artikel III

Änderung des Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes

Das Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz (SVVollzG) vom 27. März 2013 (GVBl. S. 71) wird wie folgt geändert:

1. § 97 erhält den Titel „Beschwerderecht, Vollzugsbeauftragter“.
2. In § 97 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt: „(2) Die Möglichkeit, sich in allen vollzuglichen Angelegenheiten an die bzw. den Beauftragten für den Justizvollzug des Landes Berlin zu wenden, bleibt unberührt. Der oder die Beauftragte kann die Gefangenen in ihren Räumen aufsuchen. Die Aussprache wird nicht überwacht. Für die Überwachung des Schriftwechsels mit der bzw. dem Justizvollzugsbeauftragten gilt § 35 Abs. 3 Satz 1 und 4 entsprechend.“
3. Die bisherigen Absätze 2 bis 5 werden die Absätze 3 bis 6.
4. Im neuen Absatz 5 werden die Worte „Absatz 3“ durch die Worte „Absatz 4“ ersetzt.

Artikel IV

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Begründung:

Die Einführung einer bzw. eines Beauftragten für den Justizvollzug ist im Antrag der Fraktion Die Linke „Beauftragten für den Justizvollzug einführen (I) – Einrichtung durch den Senat“ ausführlich begründet worden.

Der vorliegende Entwurf für ein Artikelgesetz sieht in den Gesetzen, die auf Landesebene die verschiedenen Sparten des Justizvollzugs bzw. die Sicherungsverwahrung regeln, die Verankerung des Rechts für die Inhaftierten vor, sich in allen vollzuglichen Angelegenheiten an

eine vom Senat einzurichtende Institution „Beauftragter für den Justizvollzug“ zu wenden. Es wird jeweils festgeschrieben, dass Gespräche mit der oder dem Beauftragten bzw. seiner Vertretung und seinen Bediensteten nicht überwacht werden dürfen und dass der Schriftwechsel mit diesen genauso behandelt wird wie der Schriftwechsel mit Abgeordneten.

Berlin, den 31. Januar 2014

U. Wolf Dr. Lederer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke